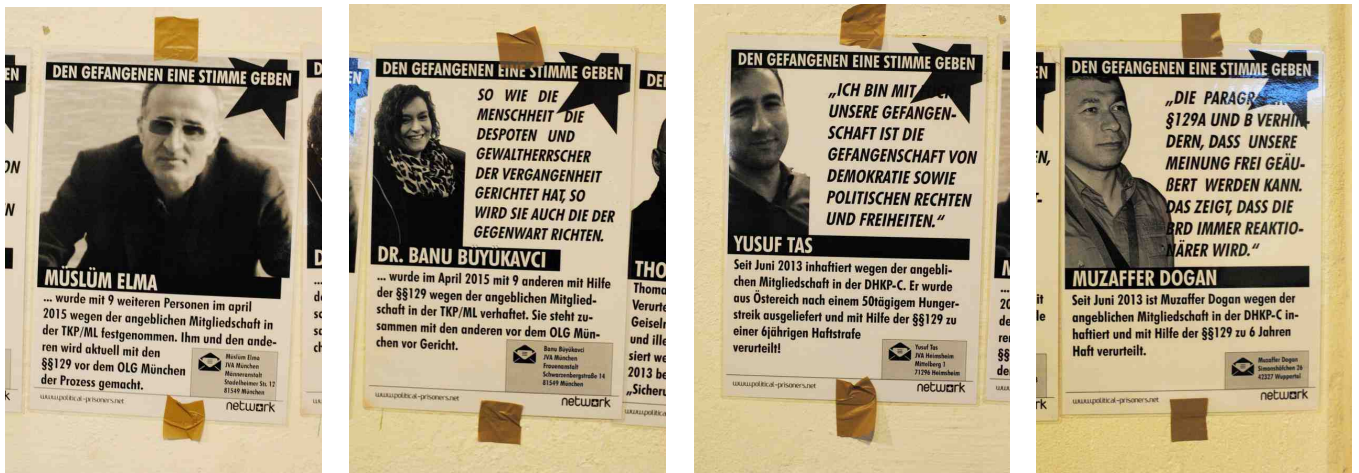




Politische Gefangenschaft - Speerspitze Repression ...

Im Rahmen der imperialen Politik der Gegenwart geht es nicht darum, eine Verfassung durch eine andere zu ersetzen. Festzustellen ist vielmehr eine doppelte Entwicklung: Zum einen werden die grundrechtlichen Schutzmechanismen durch ein verändertes Strafrecht, einen Korpus an Strafverfahrensregeln mit gleichsam verfassungsgebender Funktion neutralisiert, zum andern verändert sich die Staatsform selbst und entsteht auf anomischer Grundlage eine neue politische Ordnung. Die Ausnahmeverfahren bauen den Rechtsstaat von innen her ab. Die der bestehenden Rechtsordnung äußerliche, reine Gewalt wird in den Rechtsstaat eingebaut und verändert das Gesamtsystem von Grund auf. Diese doppelte Bewegung findet im Strafrecht ihren Niederschlag, das damit verfassungsgebende Bedeutung gewinnt.

Jean-Claude Paye: Das Ende des Rechtsstaats [1]



*129b-Gefangene in der Bundesrepublik
Fotos: 2018 by Schattenblick*

(SB) 2. März 2018 - Warum ist die solidarische Unterstützung politischer Gefangener auch für den Fall, daß sie eine revolutio-

näre Strömung repräsentieren, die nicht den eigenen Vorstellungen entsprechen mag, unerlässlich? Weil sich politische Arbeit ohne den Unterbau verlässlicher Strukturen, die auch die weniger erfreulichen Aufgaben des gemeinsamen Kämpfens erfüllen, nicht

wirksam entfalten kann. Weil die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Hegemonie und die Entwicklung eines Klassenbewußtseins, daß sich nicht mit den Häppchen sozialdemokratischer Umverteilung zufriedengibt, auf die Überwindung gesellschaftli-

UMWELT / REPORT

**Insektenschwund ...
Dr. Martin Sorg im Gespräch**
(SB) - Ein Insektenschwund in Schutzgebieten um mehr als 75 Prozent im Laufe der letzten knapp drei Jahrzehnte ... (S. 16)

POLITIK / REDAKTION

Kabul - Ruf des Gelds ...
(SB) - Besteht die Aussicht auf eine Beilegung des Kriegs in Afghanistan, der inzwischen mehr als 16 Jahre andauert? Diese Frage stellen sich viele ... (Seite 14)

POLITIK / REPORT

Politische Gefangenschaft - Schweigegruft und dicke Luft ...
(SB) - Seit 1967 hat Israel nach Schätzungen der Vereinten Nationen 700.000 Palästinenser verhaftet - ein Fünftel der ... (S. 7)

cher Gewaltverhältnisse abzielt, die alle Menschen ihrer Deutungs- und Handlungsmacht unterwerfen. Weil der Umbau des bürgerlichen Rechtsstaats in einen autoritären Sicherheitsstaat die Freiheit aller bedroht. Und nicht zuletzt ... weil tätige Solidarität ein bereits verwirklichtes Stück jener Zukunft einer nicht in Isolation und Konkurrenz, in Not und Gewalt zerfallenen Gesellschaft darstellt, die zu verwirklichen das Ziel emanzipatorischer und revolutionärer Kräfte ist.

28 Jahre nach der Implosion der realsozialistischen Staatenwelt und dem Anschluß der DDR an die BRD befindet sich die verbliebene linke Opposition und Bewegung hierzulande in einer Schwächephase, in der sie Gefahr läuft, in einer Abwärtspirale aus Resignation und Regression jede politische Bedeutung zu verlieren. Den reaktionären Geist der Zeit brachte unlängst der kommende Mann der CDU, Jens Spahn, auf den Punkt eines Triumphes, der AfD und Konsorten Lügen straft, wenn sie nach wie vor eine linke Hegemonie in Kultur und Gesellschaft beklagen: "Dieses Land ist so wenig links wie lange nicht. (...) Dieses Multi-Kulti, 'alles-ist-doch-irgendwie-egal' der Achtundsechziger, das ist durch. Das haben die Menschen satt!" [2]

Die neue Hegemonie nationalistischer und sozialchauvinistischer Imperative zeigt sich auch in der massenmedial propagierten Zustimmung zu einer Politik der politischen Repression, mit der die gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg gerichteten Proteste im Nachhinein diskreditiert und kriminalisiert werden. Die dabei angewendeten Mittel der

Strafverfolgung von AktivistInnen, denen keine Gewalttat angelastet werden kann und die dennoch monatelang in Untersuchungshaft bleiben müssen, der Verhängung langer Zeitstrafen für geringfügige Delikte, der öffentlichen Anprangerung von DemonstrantInnen im Internet und in Zeitungen, während die vielen Fälle belegter Polizeibrutalität ausgeblendet werden - all das geht weit über das Statuieren eines bloßen Exempels hinaus, mit dem die Proteste gegen den G20-Gipfel delegitimiert werden sollen.

In Hamburg versucht der Staat sich mit Mitteln durchzusetzen, die den klassischen rechtstaatlichen Anspruch, lediglich zu bestrafen, was sich juristisch als Vergehen beweisen läßt, zugunsten administrativer Ausnahmeverfahren fallenläßt. Wesentliches Merkmal dessen ist das zusehends autonome Vorgehen der Polizei. Ihr wird mit dem politischen Auftrag präventiver Unterdrückung sozialer Proteste und der Verfolgung virtueller Straftaten wie derjenigen, sich in einer Masse angeblich gewaltbereiter DemonstrantInnen befunden oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte schon durch den Versuch, sich ihrem Zugriff zu entziehen, begangen zu haben, weitgehend freie Hand gelassen. Dies wiederum wird politisch gedeckt durch Stellungnahmen des SPD-Bürgermeisters Olaf Scholz, der sich jede Kritik an der Polizei verbietet und ihr Vorgehen rundheraus als korrekt und heldenhaft feiert.

Schon im Vorfeld der G20-Proteste wurden Bedrohungsszenarios aufgebaut, die sich nach der massiven Anwendung von Polizeigewalt in selbsterfüllende Prophe-

zeiungen zu verwandeln schienen. Der präventive Charakter des Vollzuges exekutiver Gewalt und die Anerkennung der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens durch Politik, Medien und Justiz zeigen, wie weit die Kriminalisierung des sozialen und politischen Kampfes bereits gediehen ist. An fast keiner Stelle fand eine öffentliche Debatte um das Für und Wider des Gipfels statt, die politischen Ziele der DemonstrantInnen wurden von den Medien kaum kommuniziert, anstelle dessen werden sie mit populistischer Demagogie als Kriminelle und Krawallmacher angeprangert. Das massive Auftreten von über 30.000 PolizistInnen, der bereitwillige Vollzug exekutiver Interessen durch die Gerichte und die ungebrochene Karriere des hauptverantwortlichen Politikers Olaf Scholz lassen erkennen, wie hoch die Schwelle wirksamer außerparlamentarischer Intervention inzwischen gelegt wurde.

Um zu erfahren, wie im Schutze des staatlichen Gewaltmonopols Tatsachen geschaffen wurden, die vom willkürlichen Entzug bürgerlicher Freiheiten wie dem des Versammlungsrechtes bis zur aktiven Gewaltanwendung und erniedrigenden Behandlung von DemonstrantInnen reichen, ohne daß diese verfassungsrechtlich zumindest fragwürdigen Vorgehensweisen der Polizei bislang juristische oder disziplinatorische Konsequenzen gehabt hätten, muß auf unabhängige und alternative Medien zurückgegriffen werden. So lassen die Anwältinnen Ulrike Donat und Gabriele Heinecke in der halbstündigen Videodokumentation "Aussage gegen Aussage" [3] diverse frappante Übergriffe und Manipula-

tionen der Polizei Revue passieren. Was hier mit stichhaltigen rechtlichen Argumenten beanstandet wird, läßt in der Massivität der Durchsetzung staatlicher Direktiven zur Unterdrückung der G20-Proteste erkennen, wie sehr sich Menschen in der Defensive befinden, wenn sie sich nur auf Recht und Gesetz berufen. Zwar wird versucht, die Gerichte einzuschalten, doch macht die materielle wie institutionelle Übermacht des Staates als auch der ideologische Gegenwind, der den G20-GegnerInnen in Gesicht bläst, dies zu einem äußerst mühsamen und bestenfalls langfristig erfolgreichen Unterfangen [4].

Um wieder in die Offensive legitimer Gesellschaftsveränderung zu kommen und die Behauptung des Staates, das Politische sei allein auf dem Verhandlungsweg zu verwirklichen, was alle anderen Mittel der Willensbekundung für illegal erklärt, als ahistorische und zweckrationale Suggestion zu entlarven, empfiehlt sich, ein Blick auf die politischen Beweggründe anwachsender Repression zu werfen. So muß kein Aufstand stattfinden, um den Aufbau einer schwerbewaffneten Aufstandsbekämpfung voranzutreiben. Um auch in Zukunft sicherzustellen, daß die Marktsubjekte an nichts anderes denken als arbeiten und einkaufen, wird der Möglichkeit vorgegriffen, daß es anders kommen könnte. Die auf breiter Ebene vollzogene Verlagerung polizeilicher Eingriffsgewalt in den Bereich der Prävention, sprich Kriminalisierung nicht erfolgter Straftaten, und die Verpolizeilichung des Strafrechts durch die Übertragung der Judikative zugehöriger Kompetenzen an die Exekutivorgane sind Entwicklungen,

die von einer qualitativen Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft künden. Vorvollzogen wurde dies im Bereich der Antiterror-Maßnahmen, die als zentrale Begründung für die Beseitigung grundrechtlichen Freiheitsschutzes wie etwa des Trennungsgebotes von Polizei und Geheimdiensten, des Verbotes von Kollektivstrafen und Gesinnungsjustiz oder der Gewährleistung von vertraulicher Kommunikation fungieren.



Grafik: © 2017 by United We Stand

Gegen die Unterdrückung sozialen Protests und Widerstands

Auf der Internationalen Konferenz, zu der das Freiheitskomitee für Musa Asoglu am 10. und 11. Februar ins Hamburger Centro Sociale geladen hatte, waren auch zwei AktivistInnen von United We Stand, der Solidaritätskampagne für die G20-Gefangenen, zugegen. Sie berichteten vor allem über aktuelle Strafrechtsverschärfungen wie die unmittelbar vor dem G20-Gipfel in Kraft getretene Neuregelung der Paragraphen 113 StGB "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" und 114 StGB "Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte". Letzteres wird seitdem mit einer obligatorischen Mindestfreiheitsstrafe von

drei Monaten geahndet, wobei der Sachverhalt eines tätlichen Angriffes schon bei einer versuchten Körperverletzung erfüllt ist, die ohne physische Folgen bleibt. Einem tätlichen Angriff auf Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr muß keine Vollstreckungshandlung mehr vorausgehen, es reicht nun aus, wenn sie gerade eine Diensthandlung vollziehen, sprich sich im Dienst befinden.

Hier ist im konkreten Fall einer Auseinandersetzung während einer Demonstration viel vorstellbar, das Menschen in den Knast bringen kann, die in keiner Weise die Absicht hatten, jemanden körperlich zu attackieren. Der Strafraum zwischen drei Monaten und fünf Jahren könnte viele Menschen davon abhalten, sich überhaupt an Protesten zu beteiligen, wenn auch nur die vage Chance besteht, auf folgenschwerer Weise mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. So wird das bloße Mitführen einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeuges als besonders schwerer Fall mit einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten geahndet. Die zuvor noch nachzuweisende Bedingung, den Schlagstock oder das Pfefferspray verwenden zu wollen, entfällt. Ein besonders schwerer Fall liegt auch bei einer gemeinschaftlich begangenen Tat vor, was die Bestrafung kollektiver Formen der Organisation und der bloßen Zugehörigkeit begünstigt. Gleiches gilt für die Verschärfung des Landfriedensbruches. Dieser Straftatbestand ist von vornherein auf Menschenmengen zugeschnitten, deren TeilnehmerInnen sich schon strafbar machen können, wenn einige von ihnen Drohungen ausstoßen. Der Strafraum beträgt

mindestens sechs Monate bis maximal zehn Jahre Haft.

Die Strafbarkeit des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ist bereits, wie aus einer Analyse [5] des Strafrechtsexperten Tommy Kujus hervorgeht, umfassend durch andere Paragraphen des Strafgesetzbuches gewährleistet. Vor dem Hintergrund des aggressiven Vorgehens der Polizei gegen die G20-GegnerInnen drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß es im Kern darum geht, die Wirksamkeit sozialen Widerstands so zu schwächen, daß am Ende nur symbolpolitische Inszenierungen bürgerlichen Dissenses bleiben, die sich problemlos in die Tasche derjenigen wirtschaften lassen, die ihre Interessen in dieser Gesellschaft so oder so durchsetzen.

Auch das jüngst erweiterte Installieren staatlicher Spionagesoftware auf Computern und mobilen Endgeräten zur Überwachung von Kommunikation, die ansonsten durch Verschlüsselung gegen das Mitlesen Dritter geschützt wären, ist eine Folge von Antiterror-Maßnahmen. Wie so häufig war die Anwendung auch dieses weitreichenden Überwachungsinstrumentes, das sich Sicherheitslücken zunutze macht, um in fremde Rechner einzudringen, anfangs mit hohen Auflagen versehen und wurde nur für die Prävention terroristischer Anschläge eingesetzt. Jetzt können mit dem sogenannten Staatstrojaner auch Mobiltelefone und Computer von Menschen gehackt werden, die nicht im Verdacht stehen, Terroristen zu sein. Da das soziale und geschäftliche Leben auf den Smartphones vieler Menschen wie ein offenes Buch ausgebreitet ist und zudem alle Aktivitäten der

Betroffenen in Echtzeit mitverfolgt werden können, dürfte sich dieses Ermittlungs- und Überwachungsinstrument beim BKA und in Zukunft womöglich auch anderen Polizeibehörden wachsender Beliebtheit erfreuen.

Die gar nicht so schleichend vorstatten gehende Verabschiedung des bürgerlichen Rechtsstaates kann derzeit, wie von den United We Stand-AktivistInnen berichtet, im Freistaat Bayern bezeugt werden. Dort ist ein Polizeiaufgabengesetz in Arbeit, dessen Maßnahmenkatalog ausschließlich präventiven Zwecken dient und dabei so weitreichend ist, daß mehr als nur Kriminalität, nämlich politischer Protest jeder Art, verhindert wird. So soll die Polizei freie Hand beim Abfilmen von Demonstrationen bekommen und dabei auch Programme einsetzen dürfen, die mit Algorithmen zur Identifikation von personenspezifischen Bewegungsmustern und verdächtigem Verhalten ausgestattet sind. Hinzu soll die Vollmacht kommen, auf fremde Datenspeicher zuzugreifen inklusive auf die in der Cloud gespeicherten Informationen.

Von besonderem Interesse ist die geplante Erlaubnis, bei zu erwartender Gefährdung von Personen oder Sachen künftig Daten in fremden Speichern löschen oder verändern zu können. Zudem soll die Polizei Kommunikationsverbindungen für Sprache oder Daten präventiv kappen dürfen. Auch die alte Briefpost wird nicht ausgespart, sie soll im Falle besonderen Handlungsnotstandes ohne richterliche Genehmigung beschlagnahmt werden können. Die Weitergabe auf diese Weise erlangter Informationen an Ge-

heimdienste in In- und Ausland soll erleichtert werden, was immer auch die Möglichkeit beinhaltet, bei Auslandsreisen unverhofft verhaftet zu werden. Künftig sollen bayerische PolizistInnen falsche Identitäten benutzen können, um im Internet als Verdeckte Ermittler zu arbeiten. Die Administrativhaft für sogenannte Gefährder muß zwar alle drei Monate erneuert werden, das aber womöglich ohne Ende. Guantanamo in Bayern - unbefristete Freiheitsberaubung aufgrund bloßer Mutmaßungen galt bis zu dem Zeitpunkt, als die US-Regierung Menschen vor aller Welt willkürlich verschleppte, folterte und inhaftierte, als Merkmal ausgemachter Diktaturen.

Mit der Übertragung derartiger Vollmachten an eine Länderpolizei würde ein Präzedenzfall geschaffen, der Schule machen dürfte. Das zeigt bereits eine parallele Entwicklung im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg und ist bei auf Länderebene beschlossenen Verschärfungen staatlicher Repression ohnehin fast die Regel. Da der künftige Bundesinnenminister Horst Seehofer heißen wird, sind entsprechende Schritte auch unter seiner Zuständigkeit zu erwarten. Intelligente Videoüberwachung, mehr Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei, mehr Überwachung bei der Abwehr von Terrorismus und Extremismus auch ohne unmittelbaren Gewaltbezug durch das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Vereinheitlichung föderaler Sicherheitsstrukturen durch die Erarbeitung eines Musterpolizeigesetzes sind einige unter der Überschrift "Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie

Gesellschaft" dem Koalitionsvertrag zu entnehmende Projekte. Relevant für politische Prozesse ist auch die Absicht, angeblich mißbräuchliche Befangenheits- und Beweisanträge vor Gericht einfacher ablehnen und die erweiterte, die Farbe der Haare, Augen und Haut eines Probanden enthüllende DNA-Analyse bundesweit verwenden zu können.

Maßnahmen der Liberalisierung oder des Zurückfahrens von Überwachungs- und Strafrechtsverschärfungen sucht man im Koalitionsvertrag vergebens. In Anbetracht der Kriminalisierung politischer Gruppen unter dem Titel eines Vereinsverbotes, wie im Fall von Indymedia linksunten geschehen [6], als auch der Strafverfolgung der migrantischen Linken ohne Inlandsbezug, wie im Fall von Musa Asoglu und anderer türkischer wie kurdischer AktivistInnen, besteht über den Widerstand gegen die Repression beim G20-Gipfel und in seiner Folge hinaus viel Anlaß zu Antirepressionsarbeit. Neben regelmäßigen Kundgebungen zu den jeweiligen Verhandlungsterminen vor den Gerichten, an denen gegen G20-Gefangene verhandelt wird, bietet sich, wie die United We Stand-AktivistInnen ankündigten, dazu am 17. März die Gelegenheit, in Hamburg an einer großen Antirepressions-Demo [7] teilzunehmen. Sie findet unter dem Motto "United we stand! Gemeinsam gegen Repression und autoritäre Formierung!" am Vortag zum 18. März, dem Tag der politischen Gefangenen, statt und soll vor allem, aber nicht nur der Solidarität mit den G20-Gefangenen gewidmet sein.

Öffentlichkeitsarbeit sei um so wichtiger, betonten die AktivistIn-



nen, da es seit 15 bis 20 Jahren keine liberale Öffentlichkeit mehr gebe, die sich aus prinzipiellen Gründen gegen den Abbau demokratischer Grundrechte stellt. Dies müsse durch die linke Bewegung aufgefangen werden, wiewohl diese selbst nicht stärker wird. Die Frage, wie man wieder eigene Themen setzen und linksliberale Kritik in der Gesellschaft wiederbeleben könne, betrifft denn auch das grundsätzliche Dilemma einer Vergesellschaftung, die so sehr dem Marktprimat unterliegt, daß sozialdarwinistischer Konkurrenz weit mehr Vorschub geleistet wird als emanzipatorischen Zielen. Zu bedenken gaben die AktivistInnen auch, daß die Frage, wie mit der Repression nach den G20-Protesten umzugehen sei, bei der Mobilisierung zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Daß die Verteidigung verbliebener Handlungsmöglichkeiten und Freiräume in Anbetracht zunehmender Unterdrückung sozialer und insbesondere linker Bewegungen eine naheliegende Option darstellt, könnte Analyse und Kritik der Auswirkungen kapitalistischen Krisenmanagements auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft regelrecht beflügeln.

Hamburger

Untersuchungsgefängnis

Foto: © 2018 by Schattenblick

Entgrenzte Staatlichkeit, eingemauerte Wirklichkeit

Auf der Internationalen Konferenz des Freiheitskomitees für Musa Asoglu wurden Fragen zur Bedeutung einer Staatlichkeit aufgeworfen, die, indem sie politische Gefangene produziert, ihren Anspruch an demokratische Werte und rechtstaatliche Verfahren konterkariert. So greift die Bundesrepublik, indem ihre Strafverfolgungsbehörden zur gewaltsamen Durchsetzung der Politik des Erdogan-Regimes gegen die türkische und kurdische Linke beitragen, auf der Seite Ankaras in die sozialen Konflikte der Türkei ein. Sie leistet sich ein politisch bestimmtes Strafrecht, das außenpolitischen Interessen unterworfen ist und die Rechtsbindung der Justiz ad absurdum führt. Sie führt im Rahmen der EU Terrorlisten, die die davon betroffenen Personen und Organisationen aufgrund undurchsichtiger geheimdienstlicher Informationen und ohne Einschaltung von

Gerichten grundlegender Rechte enthebt. Sie liefert politische Gefangene an die USA aus, deren Behörden insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung rigideste Formen der Bestrafung praktizieren.

Herrschaftstechnisch betrachtet maßt sich der Staat mit der Auflösung konventioneller Strafrechtsnormen durch die Präventiv- und Kollektivverfahren der Terrorismusbekämpfung eine Form von Souveränität an, die den nominellen Anspruch der Volkssouveränität auf den Kopf stellt. Etabliert wird eine administrative Verfahrenslogik, die den Primat des Marktes und seine bevölkerungspolitische Regulation zeitnah und zugriffseffizient durchsetzt. Was im Bekenntnis zu dieser Staatsmacht nicht aufgeht, wie etwa die Opposition gegen den G20-Gipfel, stellt sich außerhalb der herrschenden Ordnung und hat damit seinen Anspruch auf legale Teilhabe verwirkt. Die Anwendung des Landfriedensparagraphen gegen Aktivisten wie Fabio und andere, die wegen ihrer bloße Anwesenheit auf einer Demonstration mit bis zu zehn Jahren Haft bedroht werden, ist Ausdruck des politischen Charakters einer Justiz, die nichts dem Zufall oder besseren Argumenten der Beklagten überlassen will.

Während die Grenzen Deutschlands und der EU nach außen abgeschottet werden und bei der Abwehr flüchtender Menschen zu Selektionsinstrumenten mutieren, werden sie von innen heraus mit militärischen, ökonomischen und rechtlichen Mitteln nach Belieben überschritten, um die Interessen eigener Unternehmen und Investoren durchzusetzen. In der To-

talität eines globaladministrativen Anspruchs, wie ihn vor allem die US-Regierung erhebt, gibt es gar kein Außen mehr, gegen das man sich zu verteidigen hätte. In der waffentechnischen Full Spectrum Dominance der US-Streitkräfte und der erklärten Absicht, überall in der Welt Menschen per Knopfdruck durch Drohnenangriffe hinrichten zu können, tritt der rechtliche Ausnahmezustand in Reinkultur hervor. Der Imperialismus Deutschlands und der EU ist zwar noch nicht ganz so weit, zieht aber nicht minder die Kommandogewalt über Menschen und Ressourcen auf allen Erdteilen an sich.

Sich in seinen expansiven Interessen nicht auf den eigenen Nationalstaat beschränken zu müssen, diesen aber zugleich zur Festung eigener Hegemonie und Zentrale industrieller wie finanzieller Weltmarktdominanz zu machen, um in der globalen Krisenkonkurrenz bestehen zu können, ist kein Widerspruch in sich, sondern Ausdruck des Versuches, Krisenmanagement und Global Governance unter einen Hut mit der Stabilisierung innerer Verhältnisse zu bringen. Daß dies nicht mit Garantien des bürgerlichen Rechtsstaates vereinbar ist, mit Hilfe derer die immanenten Widersprüche angegriffen werden könnten, liegt auf der Hand. Eine Strafnorm wie der Paragraph 129b, der die Zugehörigkeit zu einer Organisation kriminalisiert, die aus Gründen verboten wurde, die nichts mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik zu tun haben, und die darüberhinaus bloße Zugehörigkeit und Gesinnung bestraft, sind Ausdruck des entgrenzten Zugriffes staatlicher Exekutiven auf eine Welt, die

weiterhin in imperialistischer Manier bewirtschaftet werden soll.

Die Proteste gegen den G20-Gipfel waren auch gegen die Beliebigkeit und Willkür gerichtet, mit der Staaten Grenzen zum Mittel ihrer Machtprojektion und Interessenpolitik machen. Die Bekämpfung sozialer Bewegungen, wie etwa mit Einreiseverboten vor dem G20-Gipfel vollzogen, nimmt mit diesen transnational durchgesetzten Formen der Kontrolle, Überwachung und Restriktion die Konturen einer globaladministrativen Exekutive an. Darin, antikapitalistische Proteste und antiimperialistische Bewegungen zu unterdrücken, sind sich die Regierungen der G20-Staaten allemal einig.

Einschüchterung und Abschreckung sind nicht die einzigen Auswirkungen massiver Repression auf Menschen, die sich mit den herrschenden Bedingungen nicht zufriedengeben und eine andere Welt erkämpfen wollen. Ihnen wird auf diese Weise auch etwas über die Triftigkeit ihres Verdachtes mitgeteilt, in kapitalistischen Gesellschaften zugleich offenkundigen wie unterschweligen Gewaltverhältnissen ausgesetzt zu sein. In der Anwendung physischer Zwangsmittel tritt der kapitalistische Staat auf eine Weise in Erscheinung, von der viele Menschen lieber nichts wissen wollen, mit denen sie aber dennoch konfrontiert werden können, wenn sie sozial absteigen oder die politischen Verhältnisse sich ändern. Sich im Vorwege damit auseinanderzusetzen, daß Reichtum und Privilegien stets auf dem Rücken anderer erwirtschaftet werden und die soziale

Hackordnung in ihrer Grausamkeit tödlich sein kann, könnte auch dazu führen, staatliche Zwangsverhältnisse zu antizipieren, bevor ihre überwältigende Qualität nicht mehr zu kontern ist.

Anmerkungen:

[1] Jean-Claude Paye: Das Ende des Rechtsstaats. Demokratie im Ausnahmezustand. Zürich 2005, S. 225

[2] http://www.deutschlandfunk.de/vor-dem-cdu-sonderpartei-tag-eine-partei-im-umbruch.724.de.html?dram:article_id=411651

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=eBWNqPM-SCZQ>

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0300.html>

[5] https://www.kujus-straftverteidigung.de/blog/die-neuregelung-des-§-113-stgb/#Die_neue_Gesetzesfassung_ab_dem_30052017

[6] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0298.html>
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0299.html>

[7] <http://www.18maerz.de/web/index.php/component/eventlist/details/15136-united-we-stand-gemeinsam-gegen-repression-und-autoritaere-formierung>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0307.html>

POLITIK / REPORT / BERICHT

Politische Gefangenschaft - Schweigegruft und dicke Luft ...

Es wäre besser, diese Gefangenen im Toten Meer zu ersäufen - wenn das möglich wäre, weil das der tiefste Punkt der Welt ist.

Avigdor Lieberman, damals israelischer Minister für Strategische Angelegenheiten [1]

(SB) 2. März 2018 - Seit 1967 hat Israel nach Schätzungen der Vereinten Nationen 700.000 Palästinenser verhaftet - ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in den besetzten Gebieten. Da sich infolge täglicher Verhaftungen die Zahlen rapide erhöhen, können keine genauen Angaben gemacht werden. Derzeit sitzen rund 6.500 Palästinenser in Haft, wobei in jüngerer Zeit die Quote deutlich gestiegen ist. Gegenwärtig befinden sich nach Informationen des Häftlings- und Menschenrechtsverbands Addameer rund 500 Menschen ohne Anklage oder Verurteilung hinter Gittern. Möglich ist dies auf Grundlage der sogenannten Administrativhaft, bei der die Betroffenen für jeweils sechs Monate, die beliebig oft verlängert werden können, ohne Anklage "aus Sicherheitsgründen" festgehalten werden. [2]

Neben Hunderten Jugendlichen werden auch Minderjährige gefangengehalten. Israel dürfte das einzige Land der Welt sein, das Kinder strafrechtlich verfolgt und in militärischen Gerichten verurteilt und zwar geschätzte 500 bis 700 Kinder in jedem Jahr. Nach Angaben von Defense for Children International geht aus Zeugenaussagen von fast 600 palästinensischen Kindern zwischen

2012 und 2016 hervor, daß sie körperliche und verbale Mißhandlung ab Beginn ihrer Verhaftung, Zwang und Drohungen während des Verhörs erlebt haben. [3]

Der israelische Gerichtshof hat am 6. September 1999 die Anwendung von Folter als Verhörmethode verboten, die aber laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem in den Gefängnissen weiter praktiziert wird. Hierzu gehören auch Isolationshaft und kein Zugang zu Rechtsanwältinnen und Familienmitgliedern. Von 1967 bis zum 16. April 2010 verstarben in israelischen Gefängnissen infolge von Folteranwendungen und fehlender medizinischer Behandlung 202 palästinensische Gefangene. [4]

Die palästinensischen Gefangenen sind im israelischen Justiz- und Gefängnisssystem einer strukturellen Diskriminierung unterworfen, die auf die Unterscheidung zwischen politischen und regulären Häftlingen zurückgeht. Diese Diskriminierung kann sich auf eine behördliche Anordnung stützen, die von den Gerichten bestätigt wurde, und kommt in unterschiedlichen Haftbedingungen zum Ausdruck. So gibt es für

palästinensische Gefangene Restriktionen bei der anwaltlichen Betreuung, die Verhöre finden unter verschärften Bedingungen statt, bei ihnen werden vielfach Maßnahmen angewendet, die als Folter zu werten sind. Und diese Diskriminierung setzt sich während der gesamten Inhaftierung fort. Die palästinensischen Häftlinge sind schlechter untergebracht und können nicht wie andere Gefangene das Recht auf Strafverkürzung und frühzeitige Haftentlassung geltend machen.

Als im Frühjahr 2017 der größte kollektive Hungerstreik seit Jahren durchgeführt wurde, an dem sich über 1500 palästinensische Gefangene beteiligten, zeugten die erhobenen Forderungen von den verheerenden Haftbedingungen. Federführend bei der Protestaktion war Marwan Barghouti, bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender der Fatah-Jugend, der eine fünfmal lebenslängliche Haftstrafe plus 40 Jahre absitzt. Mit dem Streik unter der politischen Parole "Freiheit und Würde" unterstrichen die Gefangenen eine Anzahl von Hauptforderungen, zu denen das Besuchsrecht für Familienangehörige, angemessene medizinische Versorgung, ein Ende der Mißhandlung, ein Ende der Isolationshaft und der Administrativhaft gehörten. Als der Hungerstreik am 27. Mai nach 40 Tagen beendet wurde, waren nach Angaben der Kommission für die Angelegenheiten der palästinensischen Gefangenen 80 Prozent der humanitären Forderungen erfüllt. [5]

Diese Schlaglichter können indessen die entwürdigende und zerstörende Wucht, mit der das israelische Justiz- und Gefängnis-

system palästinensische Menschen überzieht, allenfalls im Ansatz ahnen lassen. Wenn Ibrahim Ibrahim, Vorsitzender des Demokratischen Komitees Palästina und Mitglied der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), auf die Beschreibung zurückgreift, die Palästinenser seien Gefangene im eigenen Land [6], hebt er den systemischen Charakter des Gefängnisses im Gesamtzusammenhang allgegenwärtiger Unterdrückung hervor.

zwischen revolutionären, fortschrittlichen Kräften und kapitalistischen, imperialistischen Staaten und Armeen ein. In den Gefängnissen sitzen demnach jene Menschen, die im Zuge dieser Auseinandersetzungen gefangen genommen und inhaftiert werden. Mit ihnen solidarisch zu sein, sei sehr wichtig. Man müsse selber diese Erfahrung oder sich zumindest tiefeschürfende Gedanken darüber gemacht haben, um zu ahnen, wie sich ein Gefangener



Foto: © 2018 by Schattenblick

Aus Perspektive der Kämpfe in Palästina

Bei der zweitägigen internationalen Konferenz, die auf Einladung des Freiheitskomitees für Musa Asoglu [6] am 10. und 11. Februar im Hamburger Centro Sociale stattfand, eröffnete Salah einen Blickwinkel aus Perspektive der Kämpfe in Palästina und der palästinensischen politischen Gefangenen. Er ist kein Mitglied einer politischen Organisation, sondern gehört einer kleinen Gruppe an, die den palästinensischen und internationalen Kampf unterstützt. Salah stufte diese Gefangenen als Ergebnisse von Kämpfen

fühlt. Nicht wenige palästinensische Gefangene sitzen 30 oder 40 Jahre im Gefängnis und sehen ihre Familien sehr selten. Sie werden verhört, unterdrückt, gefoltert. Sie freuen sich, wenn sie wissen, daß wir sie nicht vergessen haben, so der Referent. Wir genießen hier draußen unsere Freiheit, leben unser Leben, weil diese Leute im Gefängnis sitzen und ihre Freiheit im Kampf preisgegeben haben.

Wie Salah unterstrich, hören revolutionäre Gefangene nicht auf zu kämpfen, weil sie hinter Gittern sitzen. Es gebe den Hungerstreik und andere Möglichkeiten, auch im Gefängnis für die eigenen Interessen zu streiten. Die

Hauptsache sei, daß diese Menschen ihre revolutionäre Haltung, ihre revolutionären Gedanken im Kopf behalten, damit sie nicht fallen und als Verräter enden. Es sitzen nicht nur Kader im Gefängnis, vielmehr sind es oftmals einfache Leute, die verhaftet wurden, kaum daß sie Kontakt mit Kämpfern hatten. Merken sie, daß keiner nach ihnen fragt und niemand mit ihnen solidarisch ist, besteht die Gefahr, daß sie beschließen, ihren einsamen Deal mit der Gegenseite zu machen. Am Ende haben wir einen potentiellen Kämpfer verloren und der Feind jemanden gewonnen, der uns großen Schaden zufügen kann. Wir müssen ihnen unsere Solidarität zeigen, sie müssen uns hören, damit sie Gewißheit haben, daß wir sie nicht vergessen haben und an ihrer Seite stehen, so Salah.

Im Zweifelsfall lieber Assad als ein Kalifat

Der Referent schlug einen Bogen zu den Kriegen, die in dieser Weltregion toben, und bekundete seine Sympathie für die kurdische Bewegung. Ihr Kampf weise Ähnlichkeiten mit dem der Palästinenser auf, weil auch sie keinen Staat haben und in der Türkei, in Syrien, im Irak und Iran mehr oder minder unter Druck stehen. Als der Kampf um Ain al-Arab, besser bekannt unter dem kurdischen Namen Kobane, ausbrach, veröffentlichte die PFLP in ihrem Zentralorgan eine Solidaritätserklärung. Sie wurde kritisiert, weil sie nur von "Kobane" sprach, nicht jedoch zumindest auch den arabischen Namen verwendete, zumal diese Stadt historisch gesehen nie kurdisch war, was auch kurdische Historiker bestätigten,

so Salah. Wenn er jedoch sehe, daß dort eine Zusammenarbeit mit den Amerikanern und Israelis stattfindet, beschließen ihn gravierende Zweifel. Er halte Assad für einen Diktator und habe mit fortschrittlichen Kurden heftig darüber diskutiert, die eine andere Position in dieser Frage einnehmen. Syrien sei seines Erachtens ein kapitalistisches System, das nahe daran war, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu schließen, bis diese auf Geheiß der USA und Israels von Assad eine Garantie verlangten, daß er ABC-Waffen weder besitzen noch herstellen und vorhandene Bestände vernichten werde. Als seine Rückfrage, ob die EU solche Forderungen auch an Israel gerichtet habe, für irrelevant erklärt wurde, weil es ausschließlich um Syrien gehe, lehnte er dieses Zugeständnis ab, obgleich die Gespräche über das Assoziierungsabkommen relativ weit fortgeschritten waren.

Würde Assad gestürzt, käme ein islamistisches Kalifat an die Macht, das weniger mit dem Islam, als mit seinen internationalen Sponsoren etwas zu tun habe. Damit sei klar: Im Zweifelsfall lieber Assad als ein Mullah, der im Namen Gottes und des Propheten diktiert, was die Leute tun oder lassen sollen. Über Assad, seine Armee und seine Geheimdienste könne man weltlich und damit vernünftig diskutieren. Versuche er hingegen Menschen darzulegen, daß Allah und Mohammed nichts mit dem Regime der Islamisten zu tun haben, werfen sie ihm vor, er sei ein Ungläubiger, so der Referent. Auf der Straße sei die Möglichkeit, daß diese Mullahs Gehör bekommen, stärker als vernünftige Argumen-

te. Deshalb sei er gegen diesen sogenannten arabischen Frühling: Wenn wir nicht fähig sind, eine eigene Bewegung zu gründen, die den Kampf gegen Assad aufnimmt, müssen wir daran arbeiten, bis wir soweit sind, daß die Bewegung stark genug ist, Assad wegzufegen. Sonst kommen wir vom Regen in die Traufe, hob Salah seine Position in diesem Geflecht einer Vielzahl rivalisierender Interessen und Fraktionen hervor.

Fraktionskämpfe torpedieren Solidarität

Im Verlauf ihrer jahrzehntelangen Kämpfe hat sich die palästinensische Bewegung immer wieder in Flügel und Fraktionen mit divergierenden und oftmals einander bekämpfenden Interessen gespalten. Die breite bürgerliche Strömung der Verwaltung in Ramallah, die Regierungsfunktion und Präsidentschaft für sich reklamiert, ist mit den Israelis und US-Amerikanern liiert. Im Grunde handelt es sich um eine Vichy-Regierung, die in israelischem Interesse arbeitet. Nach Salahs Worten gibt es viele Beispiele, daß die palästinensische Polizei und normale Al-Fatah-Mitglieder Kämpfer an die Israelis verpiffen haben, weil Abbas die Position vertritt, eine kämpfende Bewegung schade dem Interesse an der Gründung eines eigenen Staats, der in greifbarer Nähe sei. Diese Auffassung läßt jedoch systematisch außer acht, daß seit 20 Jahren verhandelt und das Land immer kleiner wird, bis es nichts mehr zu verhandeln gibt.

Diese Konfliktlage unter den Palästinensern findet ihren Nieder-

schlag in fehlender übergreifender Solidarität mit den politischen Gefangenen. Alle Organisationen haben Gefangene, die meisten kommen aus den Reihen von Al Fatah, von Hamas und an dritter Stelle von der PFLP. Das Problem besteht darin, daß jede Organisation nur ihre eigenen Gefangenen unterstützt, nicht aber die der rivalisierenden Gruppierungen. Diese Spaltung führe dazu, daß bei Solidaritätsaktionen nicht viel mehr Leute als hier in Deutschland zusammenkommen, so Salah. Und dies, obwohl fast in jeder palästinensischen Familie Angehörige im Gefängnis saßen oder sitzen. Die Menschen sehen, was Abbas macht, was die anderen Organisationen unternehmen, die alle nicht fähig sind, effektiv etwas für die Befreiung der Gefangenen und Palästinas zu tun. Die Begeisterung für den Kampf habe seines Erachtens nicht nachgelassen, er müsse jedoch organisiert werden. Eine Avantgarde sei notwendig, um diesen Kampf erfolgreich zu führen, doch sei sie noch immer schwach und verzettelt. Die linken Palästinenser seien nicht fähig, sich zusammenzuschließen und eine stärkere Alternative zu Al Fatah oder Hamas aufzubauen. Statt dessen bekämpften sie sich gegenseitig.

Derselben Krankheit begegne man in Deutschland und Europa. Linke Organisationen hielten es mit dem biblischen Spruch "seid fruchtbar und vermehrt euch". Jede beanspruche die absolute Wahrheit für sich und sehe ihr vordringliches Ziel darin, sich gegen die anderen Organisationen durchzusetzen. Darunter leiden die Gefangenen. Werde eine Konferenz organisiert, falle die Unterstützung spärlich aus, weil im

Vordergrund steht, daß man mit der veranstaltenden Organisation politisch nicht übereinstimmt. Das ist kein fortschrittlicher oder gar revolutionärer Standpunkt, so der Referent. Etwas gemeinsam zu machen setze voraus, diese Enge zu verlassen. Man erreicht nichts, weil jede Organisation ihre eigene Struktur mit den Gefangenen aufbaut, die unabhängig von den anderen oder sogar gegen sie arbeitet. Wenn uns die Gefangenenfrage am Herzen liegt, müssen wir uns zusammensetzen und die unterschiedlichen politischen Linien zurückstellen, um gemeinsam vorgehen zu können. Die Gefangenen leiden, und wir müssen etwas dagegen tun, plädierte Salah für ein Bündnis zur Unterstützung über die Grenzen der jeweiligen Organisationen hinweg.

In einem Rekurs auf die Geschichte der PFLP erinnerte er an die Abspaltung der Demokratischen Front zu einer Zeit, als Georges Habbash noch Vorsitzender und Abu Ali Mustafa sein Stellvertreter war. Dieser wollte die Abspaltung mit Waffengewalt verhindern, obwohl sein Bruder der Demokratischen Front angehörte. Habbash sei älter und weiser gewesen, er sprach sich für eine demokratische Scheidung aus. Wenn die Demokratische Front der Überzeugung sei, revolutionäre Positionen zu vertreten, während die anderen Reaktionäre und Faschisten seien, solle sie eben ihre eigene Organisation haben. An solchen historischen Erfahrungen herrsche unter den Palästinensern wohl der geringste Mangel, was allen Anlaß zu der Frage gebe, was zu tun sei, um sich innerhalb der Linken nicht länger gegenseitig zu bekämpfen, so der Referent. Das wichtigste bleibe

doch die Bekämpfung des Kapitalismus und Imperialismus, die man als kleine Organisationen unmöglich überwinden könne: Man kann martialische Reden im Munde führen und sich am Vorabend der Revolution wähen, aber die Geschichte wartet nicht. Wir müssen jetzt anfangen uns zusammenzutun, damit wir etwas erreichen, so Salah.

Wie können wir den Staat beeindrucken, wenn zu einer Demonstration nur 50 oder 100 Leute kommen? Der lacht sich tot! Wir haben für Lampedusa 20.000 Menschen auf die Straße gebracht, trotzdem hat es nichts genützt. Wir müssen also noch viel mehr Menschen erreichen. Wie können wir für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal kämpfen, wie für Georges Abdallah, der eigentlich vor rund 20 Jahren hätte freigelassen werden müssen? Er kam damals nicht frei, weil er sich für seine Taten nicht entschuldigt hat. Er wurde bei der Anhörung zu einer möglichen Haftentlassung gefragt, was er tun werde, wenn er freikäme. Darauf erwiderte er, daß er wieder im Libanon als Lehrer arbeiten wolle. Sollten die Israelis und Amerikaner jedoch erneut angreifen, werde er den Kampf wieder aufnehmen. Er wurde wegen seiner Haltung und Prinzipien weiter festgehalten, unterstrich Salah.

Wie er abschließend warnte, sei die nackte Gewalt, die man in der Türkei, in arabischen Ländern, in afrikanischen Ländern erlebe, als Saat auch in Deutschland vorhanden und bereit für den Augenblick, in dem sie aus staatlicher Sicht geboten erscheint. Es habe die Berufsverbote gegeben, die bei Bedarf neu aufgelegt würden.

Oder die Sicherheitsverwahrung, die bislang nur in bestimmten Fällen wie bei Sexualstraftätern oder anderen schweren Straftaten verfügt wird. Sei ein solches Gesetz vorhanden, werde es mit Sicherheit eines Tages auch gegen Linke eingesetzt.

Schulterschuß hinter den Mauern - Spaltung vor den Toren?

Wie die anschließende Diskussion zeigte, fand Salahs Ruf nach einer Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen bei der Solidarität mit den politischen Gefangenen allgemeine Zustimmung. Die Bemühungen sollten dahin gehen, ungeachtet aller politischen Differenzen gemeinsame Aktionen zu organisieren, um deren Wirkung zu verstärken. Gelingt dieser erste Schritt, könne man herausfinden, ob die Zusammenarbeit auch an anderen Schnittstellen möglich sei. Denke man an Sacco und Vanzetti zurück, die Anarchisten waren, so haben sich damals auch Kommunisten aller Couleur solidarisiert. Im Grunde existiere mit der Roten Hilfe bereits eine Struktur, die sich die übergreifende Solidarität auf die Fahne geschrieben habe. Indessen sei die Rote Hilfe Deutschland reformistisch und habe nicht einmal eine Grußadresse zu der Konferenz geschickt, während die Rote Hilfe International präsent war.

Die Auffassung Salahs, daß sich der Staat kaputt lache, wenn nur wenige Menschen zur Demonstration auf die Straße gehen, blieb nicht unwidersprochen. Gefangene wie Yusuf Tas, der 60 Tage im Hungerstreik war, könn-

ten nicht darauf warten, bis die Bewegung draußen stark genug sei. Es sei unverzichtbar, im Zweifelsfall auch mit wenigen Leuten in die Öffentlichkeit zu gehen und die Gefangenen zu unterstützen. Wichtig sei allerdings auch, die Aktionen über die Grenzen der Organisationen hinweg wie auch zwischen migrantischen und deutschen UnterstützerInnen besser zu kommunizieren. Zu guter Letzt berichtete Apo von einer Begebenheit am Untersuchungsgefängnis, die zu denken geben sollte. Als die Unterstützer Musa Asoglus an den Knast heranliefen, bekamen sie Blick- und Rufkontakt mit einem kurdischen Gefangenen. Der gab ihnen Grußdrinnen an Musa weiter, der sich auf demselben Weg in umgekehrter Richtung ein Lied von Grup Yorum von draußen wünschte. Auf diese Weise sei der Kontakt gelaufen: Im Knast arbeiten sie zusammen, aber wir draußen schaffen das nicht!

Anmerkungen:

[1] www.palestinalibre.org/articulo.php?a=55181

[2] www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-04/israel-hungerstreik-palaestina-haeftlinge-gefaengnis

[3] www.kopi-online.de/wordpress/

[4] www.arendt-art.de/deutsch/palastina/texte/Palaestina_israel_gefangene_gefaengnis.html

[5] www.senderfreiespalaestina.de/pdfs/hungerstreik_unterbrochen_dtsch.pdf

[6] www.rf-news.de/rote-fahne/2017/nr20/palaestina-wie-gefangene-im-eigenen-land

[7] www.freemusablog.wordpress.com/

Berichte und Interviews zur Konferenz

"Freiheit für Musa Asoglu" im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT

BERICHT/305: Politische Gefangenschaft - am Beispiel Musa Asoglu ... (SB)

BERICHT/306: Politische Gefangenschaft - gegen wirkliche Kritik ... (SB)

BERICHT/307: Politische Gefangenschaft - Speerspitze Repression ... (SB)

BERICHT/308: Politische Gefangenschaft - Schweigegegruft und dicke Luft ... (SB)

INTERVIEW/398: Politische Gefangenschaft - ungleich im Namen des Rechts ...

Apo im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0308.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Kindeszwangsheirat in der Türkei - eine Studie von Sare Demirer

von Milena Rampoldi, 2. März 2018

In folgenden ein Interview mit Sare Demirer, der Autorin der Studienarbeit mit dem Titel "Legitimizing Early Forced Marriages: the Case of Turkey". Mit ihr habe ich über die Zielsetzung ihrer Forschungsarbeit und die Bedeutung des Kampfes gegen die Kindeszwangsheirat in der Türkei gesprochen. Die Kindesheirat ist das größte Hindernis der weiblichen Entwicklung im Kindes- und frühen Jugendalter. Es müssen Strategien umgesetzt werden, um sich dem Phänomen zu widersetzen, und dies nicht nur in der Türkei, sondern weltweit.

Warum diese Recherche zum Thema der Kindesheirat?

In dieser Studienarbeit habe ich das Ziel verfolgt, die kulturellen und sozialen Aspekte zu untersuchen, die mit den Kinderbräuten zusammenhängen, die zu einer Ehe im Kindesalter gezwungen werden. Ein weiteres Ziel dieser Studie besteht darin, aufzuzeigen, wie es in den türkischen Gesetzen (Zivil- und Strafgesetzbuch und Kinderschutzgesetz) an einer allgemeinen Definition des Begriffs "Kind" fehlt. Trotz solcher nationaler Gesetze und internationaler Vereinbarungen, die die Ehe im Kindesalter verbieten und die Kindesheirat als das Haupthindernis im Entwicklungsprozess junger Mädchen ansehen, wird die

Praxis fortgesetzt. Ich hinterfrage auch das vorhandene Gesetz bezüglich des Mindestalters für die Eheschließung, das nicht den Bestimmungen des Völkerrechtes entspricht. Meine Hypothese besagt, dass die Hauptursachen der Legitimierung und Verewigung der frühzeitigen bzw. Zwangsheirat junger Mädchen auf die gesellschaftliche Struktur der Türkei, die Familie und die Religion zurückzuführen sind.

Nach welcher Definition der Kindesheirat richten Sie sich?

Kindesheirat oder Frühehe wird von UNFPA 2006 definiert als jegliche Eheschließung unter 18 Jahren, die erfolgt, bevor das Mädchen oder der Junge körperlich, physiologisch und psychologisch in der Lage sind, die Verantwortlichkeiten der Ehe und des Gebärens von Kindern zu übernehmen. Von Kindesheirat spricht man, wenn ein Ehepartner oder beide Ehepartner unter achtzehn sind. Dem Artikel 16(2) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gilt die Kindesheirat als Verstoß gegen die Menschenrechte.

Welche Hauptursachen führen zur Verbreitung dieses Phänomens?

Die Hauptfaktoren, die die Frühehe von Mädchen in der Türkei fördern, sind u.a. Armut, einher

mit gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Normen; mit dem Wert der Jungfräulichkeit und mit den Ängsten rund um sexuelle Aktivitäten außerhalb der Ehe; und mit der Einstellung der Familien in den ländlichen Gebieten der Osttürkei und gewissen städtischen Umgebungen, nach der die Eheschließung einen männlichen Schutz für die Töchter gewährleistet. Zu dieser wirtschaftlichen Überlebensstrategie gehört nicht nur die Hoffnung der Familie, dass ihre Töchter wirtschaftlich von der neuen Familie profitieren werden, sondern auch die Freude über das Brautgeld, das sie erhalten hat. Kulturelle und religiöse Traditionen sind auch verantwortlich für diese schädliche Praxis der Frühehe. Religionsführer tendieren dazu, das Phänomen zu verewigen, indem sie inoffizielle Ehezeremonien ausführen. Häusliche Gewalt und fehlende Kenntnisse über Familienplanung, reproduktive Gesundheit und Erziehungsmöglichkeiten sind einige der gesellschaftlichen Druckmittel, die die Kindesheirat fördern.

Wie ist die Situation in der Türkei?

Obwohl es kein Gesetz gibt, das die Kinderheirat in der Türkei kriminalisiert, spielt die türkische Rechtsprechung eine Rolle bei der Definition der Rechte von

Frauen und Kindern und ihres Schutzes. Die Angelegenheit der Frühehe wird indirekt in den Gesetzen über Vergewaltigung und sexuellen Missbrauch angegangen. Das türkische Zivilgesetzbuch (2001) hob die Vormachtstellung der Männer in der Ehe auf und legte die vollständige Gleichheit von Männern und Frauen in der Familie fest. Das Gesetz über den Schutz der Familie und die Vorbeugung der Gewalt gegen Frauen trat im März 2012 in Kraft. Aber das Thema der Vorbeugung der Frühehe blieb ungelöst.

Welche sind die besten Strategien, um sich der Kindeszwangsheirat zu widersetzen?

Die grundlegende Strategie sollte in der Aufhebung der Diskriminierung von Frauen und in der Gleichstellung der Geschlechter bestehen. Die Diskriminierung von Frauen wirkt sich negativ auf die Frau aus, während die Gleichstellung der Geschlechter Frauen als unabhängig und gleichwertig akzeptiert. Aufmerksamkeit sollte auch dem Verstoß gegen die Menschenrechte von Frauen im Rahmen der traditionellen Rechtssysteme geschenkt werden. Zwangsfrühen, Mehrehen und die Forderung eines Brautpreises sollten als Verstöße gegen die Menschenrechte und die staatlichen Gesetze angesehen werden. Eine ununterbrochene Erziehung unterstützt auch die Mädchen, um einer Frühehe vorzubeugen. Die NRO müssen mit den Religionsführern in den Dörfern auf Graswurzelebene zusammenarbeiten. Die Gesundheitsinstitutionen sollten die Frühehen melden und junge Mädchen über die Risiken

einer Kindesschwangerschaft in Kenntnis setzen. Da es inoffizielle Eheschließungen gibt, die nicht vom örtlichen Standesamt erfasst werden, sollten die Dateien in Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen, NRO und staatlichen Institutionen, Dorfchefs sowie örtlichen Beamten gesammelt werden. Die Diskrepanz zwischen dem Kinderschutzgesetz, dem türkischen Zivil- und Strafbuch in der Definition des Kindes sollte aufgehoben werden, um überall das Alter von 18 Jahren als gesetzliches Mindestalter für die Eheschließung in allen damit verbundenen Gesetzen festzulegen (UNFPA 2012). Ich bin persönlich der Ansicht, dass die Bemühungen von unten nach oben das Problem der viktimisierten jungen Mädchen, die verheiratet werden, bevor sie sich und ihren Körper kennenlernen, aus der Welt schaffen werden. Alle auch so unbedeutenden Bemühungen werden das Leid und die Belastung dieser jungen Mädchen in den Armen von Männern anstatt spielend auf den Straßen wie die Kinder ihres Alters lindern.

Welches persönliche Ziel verfolgen Sie mit dieser Veröffentlichung?

Ich möchte einfach erleben, dass junge Mädchen ihre eigenen Leben leben, anstatt das Leben zu erleiden, das ihnen von ihren Eltern oder von der Gesellschaft vorgeschrieben wird.

Über die Autorin

Dr. phil. Milena Rampoldi ist freie Schriftstellerin, Buchübersetzerin und Menschenrechtlerin. 1973 in Bozen geboren, hat sie nach ihrem Studium in Theologie, Pädagogik und Orientalistik ihren Dokortitel mit einer Arbeit über arabische Didaktik des Korans in Wien erhalten. Neben ihrer Tätigkeit als Sprachlehrerin und Übersetzerin beschäftigt sie sich seit Jahren mit der islamischen Geschichte und Religion aus einem politischen und humanitären Standpunkt, mit Feminismus und Menschenrechten und mit der Geschichte des Mittleren Ostens und Afrikas. Sie wurde verschiedentlich publiziert, mehrheitlich in der deutschen Sprache. Sie ist auch die treibende Kraft hinter dem Verein für interkulturellen und interreligiösen Dialog Promosaik. www.promosaik.com

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra716.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Kabul - Ruf des Gelds ...

(SB) 2. März 2018 - Besteht die Aussicht auf eine Beilegung des Kriegs in Afghanistan, der inzwischen mehr als 16 Jahre andauert? Diese Frage stellen sich viele Beobachter, nachdem am 28. Februar Afghanistans Präsident Ashraf Ghani die Taliban zur Teilnahme an Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen aufgefordert hat. Die ungewöhnliche Einladung an die "afghanischen Brüder", die Ghani normalerweise als "Terroristen" beschimpft, erfolgte auf einer Runde des sogenannten "Kabuler Friedensprozesses" in der afghanischen Hauptstadt, an dem 25 Staaten beteiligt sind. Seit Anfang Februar hatten die Taliban ihrerseits zweimal offiziell die Bereitschaft verlautbaren lassen, sich an der Suche nach einer "friedlichen Beilegung" des Konfliktes beteiligen zu wollen.

Bekanntlich geht für die Taliban die Beendigung des Afghanistankrieges zwangsläufig mit dem Abzug aller ausländischen Truppen einher. Doch damit haben die USA, die mit 14.000 Mann am Hindukusch den größten Truppensteller bilden, ein riesiges Problem. Die Kernforderung der Taliban und die strategischen Ziele Washingtons in Zentralasien stehen sich bislang diametral gegenüber. Auf die jüngste Kritik Moskaus, die Regierung Donald Trumps verschließen sich den Friedensbemühungen der Nachbarstaaten Afghanistans, reagierte man im Pentagon unwirsch. Bei einem Auftritt vor dem Verteidigungsausschuß des Kongresses

am 27. Februar erklärte der für die US-Streitkräfte im Nahen Osten und Zentralasien zuständige CENTCOM-Oberbefehlshaber General Joseph Votel, Rußland versuche die US-Militärpräsenz im Irak und in Afghanistan zu begrenzen und "Reibereien" zwischen Washington und dessen NATO-Partnern zu erzeugen.

Nichtsdestotrotz sind hinter den Kulissen bereits Vorgespräche am Laufen. Zwar hat Trump nach den verheerenden Anschlägen in Kabul im Januar - zum einen ein bewaffneter Überfall auf das Hotel Intercontinental, zum anderen die Explosion eines mit Sprengstoff gefüllten Krankenwagens an einem Straßenkontrollpunkt nahe dem afghanischen Innenministerium - Verhandlungen mit den Taliban eine Absage erteilt, doch offenbar sind inoffizielle Kontakte bereits aufgenommen worden. Dies deutete Kay Bailey Hutchison, die US-Botschafterin bei der NATO, verklausuliert an, als sie sich in einem am 25. Februar erschienenen Artikel in der New York Times in bezug auf die Möglichkeit eines afghanischen Friedensprozesses wie folgt äußerte: "Es müssen im Vorfeld bestimmte Punkte vereinbart werden, die offen zu diskutieren sich beide Seiten bereit erklären. Glauben Sie nicht, daß nichts im Gange wäre. In der Anfangsphase der Anfangsphase eines solchen Prozesses ist vieles im Gange."

Interessanterweise wurde am 24. Februar in Afghanistan mit einer

feierlichen Zeremonie unter Anwesenheit von Präsident Ghani der Baubeginn des seit Jahrzehnten geplanten, mehr als 18.000 Kilometer langen TAPI-Pipeline aufgenommen, die Erdgas von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien befördern soll. Durch die TAPI-Pipeline sollen ab 2020 jährlich 33 Milliarden Kubikmeter Erdgas - in etwa der Jahresbedarf der Niederlande - nach Indien gefördert werden. Die Investitionskosten des ehrgeizigen Projekts werden auf 22,5 Milliarden Dollar geschätzt. Nach der Fertigstellung der Gaspipeline sollen entlang derselben Strecke eventuell eine Eisenbahnlinie und eine Glasfaserkabelverbindung gelegt werden. Allein in Afghanistan sollen aus dem Gastransport jährlich Transitgebühren in Höhe von 400 Millionen Dollar anfallen.

Die Trasse der TAPI-Pipeline führt durch fünf afghanische Provinzen, Herat, Farah, Nimruz, Helmand und Kandahar, in der die Taliban-Präsenz zum Teil sehr stark ist. Kandahar, wo einst das Wort von Taliban-Gründer Mullah Mohammed Omar Gesetz war, ist die Geburtsstätte der Bewegung, Helmand ihre zweitwichtigste Hochburg. Ohne Zustimmung oder zumindest Duldung der Taliban sind Bau und Inbetriebnahme der TAPI-Pipeline aussichtslos. Da dürfen die Projektbeteiligten laut ausgeatmet haben, als am Tag des Baubeginns Taliban-Sprecher Zabihullah Mudschahid folgende Er-

klärung herausgab: "Unsere Position ist eindeutig. Wir sind nicht gegen das TAPI-Projekt, sondern unterstützen es. Zudem sind wir bereit, für die Sicherheit des Projekts zu sorgen, sobald dies erforderlich ist."

Es stehen einigen Mitgliedern der Taliban also gut bezahlte Arbeitsstellen im Rahmen einer Beilegung des Afghanistankrieges in Aussicht. Die besser gebildeten Mitglieder der Organisation können als Vertreter eines konservativen Islams in die Politik treten, während sich die Kämpfertypen in Militärdienstleister mit besonderen Regionalkenntnissen verwandeln könnten. Auch Pakistan, das seit Januar durch drastische Finanzmittelkürzungen der USA dazu animiert wird, die Taliban unter Druck in Richtung Kompromiß zu bewegen, hat ebenfalls starkes Interesse an einem Frieden im Grenzgebiet zu Afghanistan sowie zur Realisierung der TAPI-Pipeline.

In einem Artikel, der am 28. Februar bei der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg erschienen ist, hat sich Afghanistans früherer Präsident Hamid Karsai für ein größeres Engagement Rußlands im afghanischen Friedensprozeß ausgesprochen. Moskau setzt sich in letzter Zeit für Verhandlungen mit den Taliban deshalb besonders ein, weil es in der Fortsetzung des Kriegs die große Gefahr sieht, daß die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) erstarkt und über Afghanistan hinaus in die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens hineinwirkt. Nur wenn sich die USA mit den Taliban verständigen, kann ein solches Alptraumszenario vermieden werden. Aber möglicherweise ist

die Destabilisierung der armen Nachbarstaaten Rußlands und der Volksrepublik Chinas durch den IS gerade das, was die Funktionselite in Washington und die Generäle im Pentagon beabsichtigen.

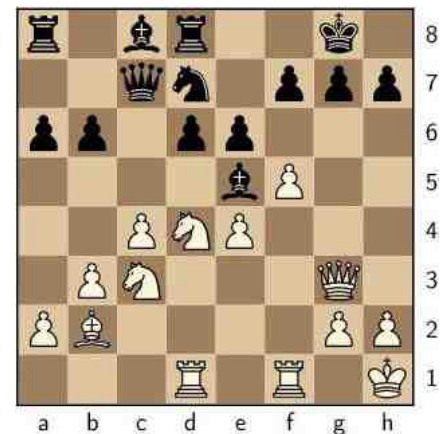
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asia-887.html>

SCHACH - SPHINX

Bestehle nie einen Weltmeister!

(SB) - Ist es möglich, einem Schachspieler eine Figur vom Brett wegstehlen, während er gerade seine Runden dreht im Turniersaal? Wer hat es nicht schon einmal versucht und erfahren müssen, daß sich die Stellung wie mit Feuerzeichen in sein Gedächtnis eingegraben hat? Schachspieler mögen ihren Mantel nicht wiedererkennen, ein Figurenklaue auf dem Brett entgeht ihnen nie. Daraufhin getestet wurde auch der Weltmeister Alexander Aljechin. Während einer Simultanpartie im bosnischen Banja Luka gab der Champion zur Freude der ansässigen Laienspieler ein Simultanmatch. Auch ein Lehrer war unter den Gegnern Aljechins, und um dem Lehrer herum standen seine Schüler am Tisch. Die Partie nahm ihren Lauf, Zug um Zug, bis Aljechin plötzlich mit finsternem Gesicht stehenblieb und mit einer ärgerlichen Handbewegung alle Figuren vom Brett wischte. Erst nach dem Turnier konnte der Zwischenfall aufgeklärt werden. Einer der Schüler hatte, um die Gedächtnisfestigkeit des Weltmeisters auf die Probe zu stellen, frecherweise einen Turm von Aljechin mit langen Fingern vom Brett entwendet. Ausbaden mußte dies freilich der Lehrer. Nun kam es, daß Aljechin Jahre später erneut in Banja Luka eine Simultanvorstellung gab, und wieder war besagter Lehrer un-

ter den Kontrahenten. Dem wurde aber ganz fade zumute, als Aljechin ihn mit stechendem Blick fixierte und ausrief: "Probieren Sie ja nicht wieder die Masche mit dem Turm!" Nie vergaß der Weltmeister ein Gesicht, von dem er sich betrogen glaubte. Auch im Blindschach besaß Aljechin ein geradezu hellichtiges Talent. 1923 spielten er und der Berliner Meister Friedrich Sämisch eine Partie ohne Ansicht des Brettes. Aljechin führte die weißen Steine im heutigen Rätsel der Sphinx. Nun, Wanderer, was sah Aljechin, als Sämisch zuletzt 1...Lf6-e5 gezogen hatte?



Aljechin - Sämisch
Berlin 1923

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:
Bekannt für seine gefährlichen Bauernstürme, setzte Labourdonnais auch in seiner 47. Wettkampfpartie gegen den Iren McDonnell in bewährter Manier mit 1...h3-h2! fort. Der Bauer war nicht zu nehmen, weil sich einer der schwarzen Türme sonst auf die h-Linie zubewegt hätte. Der Ire trat nun ebenfalls eine Bauernlawine los, freilich mit geringerem Nutzen: 2.e6-e7+ Kd8-d7 3.c5-c6+ b7xc6 4.b5xc6+ Kd7xc6 5.e7-e8D+ - auf diese Weise konnte er wenigstens den schwarzen h-Bauern vom Brett hinwegfegen - 5...Tg8xe8 6.Kh1xh2 Te8-e6 7.Td1-c1+ Kc6-b5 8.a2-a4+ Kb5-b4 9.Lb2-c3+ - notwendig, da ansonsten Te6-h6# sofort entschied - 9...Tg3xc3 10.Tc1xc3 Kb4xc3 11.d6-d7 Te6-d6 12.Kh2-g2 Td6xd7 13.Tf1-c1+ Kc3-d3 14.Kg2-f1 Kd3-e3 und Weiß gab auf, da er weiteres Material verloren hätte.

UMWELT / REPORT / INTERVIEW

Insektenschwund - saubere Wissenschaft und konsequenter Naturschutz ...

Dr. Martin Sorg im Gespräch

(SB) 2. März 2018 - Ein Insektenschwund in Schutzgebieten um mehr als 75 Prozent im Laufe der letzten knapp drei Jahrzehnte - sollte sich dieser hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen sowie an einigen Standorten in Brandenburg und Rheinland-Pfalz registrierte Rückgang in anderen Ländern oder gar auf anderen Kontinenten bestätigen, stände die Menschheit möglicherweise an einer evolutionären Schnittstelle. Das sechste Massensterben der Erdgeschichte, von dem in der Wissenschaft zur Zeit häufiger die Rede ist, wäre zum Greifen nahe. Vielleicht war es die düstere Ahnung solch einer epochalen Negativentwicklung, die in zahlreichen EU-Ländern, den USA, Brasilien, Australien und wer weiß, wo sonst noch überall in der Welt, zur Beachtung der Untersuchungsergebnisse geführt hat.

Das ist pure Spekulation, dazu äußere ich mich nicht, würde der Krefelder Biologe Dr. Martin Sorg vermutlich zu dieser mit keinen wissenschaftlichen Daten unterstützten Mutmaßung sagen. Er ist Co-Autor jener im Oktober vergangenen Jahres im Journal PLOS One publizierten Studie [1] - pardon: jener "Untersuchungsergebnisse" -, die Wissenschaftler zweier Universitäten sowie der Entomologische Verein Krefeld zusammengestellt und ausgewertet haben. Sorg und andere Mitglieder dieses Vereins hatten nach immer der gleichen Methode - an-

gefangen von der verwendeten Malaise-Falle bis zum Wiegen der Biomasse der in Alkohol verwendeten Insekten - die Abundanz (Populationsdichte) der Tiere registriert und die Ergebnisse ausgewertet.



Dr. Martin Sorg
Foto: © 2018 by Schattenblick

Bereits 2013 hatte der Entomologische Verein Krefeld mit der "Ermittlung der Biomassen flugaktiver Insekten im Naturschutzgebiet Orbroicher Bruch mit Malaise Fallen in den Jahren 1989 und 2013" auf sich aufmerksam gemacht. [2]

Seitdem wurden weitere Messungen durchgeführt, die das Bild erweitert und bestätigt haben: Ausgerechnet in Schutzgebieten wird heutzutage verglichen mit Ende

der achtziger, Anfang der neunziger Jahre nur noch rund ein Viertel der Fluginsekten gefangen. Wie muß es da erst außerhalb der Schutzgebiete um den Insektenbestand stehen? Oder besteht da vielleicht kein Unterschied? Er-

füllen Schutzgebiete nicht die Funktion, Insekten einen Schutzraum vor potentiellen Gefahren zu bieten? Wie wir berichteten (s. u.), stellte Sorg die Untersuchungsmethode und die aktuellen Resultate am 17. Februar 2018 auf der Tagung "Rückgang der Insekten: Kenntnisstand, Forschungen, Aktivitäten", die der Landesverband NRW der Naturschutzorganisation NABU an und mit dem Institut für Landschaftsökologie (ILÖK) in Münster organisiert hatte, vor.

Dort waren auch die Neonicotinoide angesprochen worden, jene

Pflanzenschutzmittel, die im dringenden Verdacht stehen, Bienen weitreichend zu schädigen. Inzwischen hat die EFSA, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, eine Einschätzung aus dem Jahr 2013 bestätigt und weitere Erkenntnisse dazugewonnen, denen zufolge neonicotinoid-haltige Pestizide "ein Risiko für Wild- und Honigbienen" darstellen. Auf der Grundlage der Auswertung von Untersuchungen aus den letzten fünf Jahren wurden die Risikobewertungen für drei von der Europäischen Union mit einem partiellen Verbot belegte Neonicotinoide - Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam - aktualisiert. [3]

Im Zusammenhang mit dem Ergebnis eines 75prozentigen Insektenschwunds waren in der Öffentlichkeit einige Mißverständnisse aufgekommen, bzw. Mißdeutungen verbreitet worden, möglicherweise aufgrund mangelnder Kenntnis des verwendeten statistischen Verfahrens und/oder aufgrund berufsständischer Lobbyinteressen. Darauf haben die Autoren im November 2017 in Form eines in drei Sprachen (englisch, niederländisch und deutsch) gehaltenen Kommentars zu dem Artikel in PLOS One geantwortet und darin die Auswertungsmethode dieses komplexen Datensatzes näher erläutert [4].

Am Rande der NABU-Tagung stellte sich Martin Sorg dem Schattenblick für einige Fragen zur Verfügung.

Schattenblick (SB): Sie sind Co-Autor einer im Oktober 2017 veröffentlichten Studie über die Abnahme der Insektenbiomasse in Schutzgebieten über einen Zeit-

raum von 27 Jahren. Waren Sie von Anfang an an der Studie beteiligt?

Dr. Martin Sorg (MS): Es ist nicht "eine" Studie, es sind ganz viele einzelne Untersuchungen. Das heißt, es sind eigentlich räumlich und zeitlich differenzierte Einzeluntersuchungsprojekte, bei denen aber eine Methodik, die von uns schon 1984/85 standardisiert wurde, angewendet wurde. Das unterscheidet das Verfahren von anderen. Es handelt sich somit um eine Analyse über viele einzelne Studien hinweg, in der auch sehr, sehr viele Wiederholungsuntersuchungen sind - punktgenau am gleichen Standort, wiederholt in anderen Jahren.

SB: Hatten Sie und Ihre Kollegen ursprünglich den Verdacht, daß die Insektenbiomasse abnimmt, oder was war der Beginn bzw. Auslöser der Untersuchungen?

MS: Wir haben die Einzeluntersuchungen immer durchgeführt, um die Alphadiversität, also die Gesamtdiversität bestimmter Insektengruppen, für einen Punkt innerhalb eines Schutzgebietes zu untersuchen. Das, was wir eigentlich untersuchen, sind Artenspektren. Die Biomassen sind ein gemessener Begleitwert seit 1987.

Wir werten diese Artenspektren schon seit 30 Jahren immer wieder von allen Standorten aus und sind im Moment auch dabei, diese für einen Teil dieser Wiederholungsstandorte zu vergleichen, und wollen die Ergebnisse auch publizieren. Wir reden da im Grunde über laufende Arbeiten: Vergleiche der Artenspektren, der Artenzahlen, der Inhalte, der Lebensraumansprüche der Arten,

die da vielleicht verschwunden sind, und auch der Abundanzen in Relation zum Fallentyp.

SB: Wenn man von der Insektenbiomasse ausgeht, könnte es dann sein, daß diese - theoretisch gesprochen - von einer einzigen oder einer sehr dominanten Art bestimmt wird?

MS: Nein, das kann nicht sein, denn wir kennen ja die Inhalte dieser Gefäße und wissen, wie hochgradig artendivers die Inhalte der Insektenfallen sind. Ein Entomologe braucht nur einmal in so eine ausgeschüttete Flasche zu schauen, um auf den ersten Blick zu sehen, daß das Ergebnis aus vielen Hunderten, im Regelfall bei diesem Fallentyp pro Jahr weit über tausend Arten aufgebaut ist.

SB: Ihr Bericht in PLOS ONE hat weltweit in den Medien einen starken Widerhall erfahren. Sehen Sie Ihre Ergebnisse von der Presse angemessen wiedergegeben?

MS: Dazu kann ich einfach nichts sagen, das sind zu viele Berichte. Darüber haben wir keinen echten Überblick.

SB: Die Ergebnisse sind brisant - hatten sie nicht mit so einer Reaktion gerechnet?

MS: An dieser Publikation waren im Grunde zwei Universitäten und, bezogen auf die Auswertungsschritte und das Manuskript, der Entomologische Verein Krefeld beteiligt. Von denen hat keiner mit so einer Resonanz gerechnet.

SB: Sie hatten vor kurzem Besuch von der nordrhein-westfälischen

Umweltministerin, die auch heute hätte kommen sollen, aber krankheitsbedingt abgesagt hat. Haben Sie den Eindruck, daß die Landesregierung von NRW auf Ihre Untersuchungsergebnisse reagiert?

MS: Das kommentiere ich nicht.

SB: Was halten Sie für die plausibelste Erklärung für den Insektenchwund?

MS: Wenn ich keine Sachdaten habe für bestimmte, mehrere Faktoren, dann habe ich keine Sachdaten. Auf nicht-vorhandene Sachdaten kann ich noch nicht einmal eine Hypothese aufbauen, schon gar keine Theorie. Wenn ich keine Sachdaten habe, kann ich nicht korrelieren. Wenn ich nicht korrelieren kann, weil ich keine Sachdaten habe, habe ich noch nicht mal eine Hypothese. Und deshalb läuft das unter der Rubrik "unbekannt".

Völlig unabhängig davon gibt es natürlich Regularien für das Schutzgebietsnetz, die wir - völlig unabhängig von unseren Daten -, für nicht wirksam genug halten.

SB: Was heißt das?

MS: Also daß auf einer Ackerfläche innerhalb eines Schutzgebietes dasselbe passiert in der Art der Nutzung, inklusive der Verwendung von Pestiziden, wie außerhalb. Das ist ja substantieller Bestandteil des Schutzgebietes und müßte dann auch als substantieller Bestandteil des Schutzgebietes mit beplant werden. Daten müßten verfügbar sein, und Stoffe oder irgendwas, was da passiert, dürfen nicht die direkt be-

nachbarten Schutzgebietslebensräume beeinträchtigen.

SB: Es handelt sich demnach um gar keine Schutzgebiete.

MS: Im juristischen Sinne ist das Schutzgebietsfläche. Die Frage ist, ob das von der Logik her sinnvoll ist, einen Teil von Schutzgebieten so konventionell zu behandeln, daß man dort eigentlich nicht die Ziele dieses Biotoptyps verfolgt. Unter bestimmten Bedingungen kann eine Ackerzoo- nose eine extrem wertvolle Lebensgemeinschaft sein. Das muß man auch in der Schutzgebietsplanung und dem -management berücksichtigen. Die Regularien und Pläne müssen geändert werden. In meinem Vortrag habe ich die Empfehlungen erläutert. Es gibt einen direkten Handlungsbedarf in den Kernzonen des Artenschutzes der Schutzgebiete. Der hat für uns die Priorität eins. Das hat jetzt gar nichts mit unseren Ergebnissen zu tun, sondern wir erkennen dort ein Planungsproblem.

SB: Das ist auch der Grund dafür, daß Sie sagen: Ich habe keine Datensätze zur Verfügung und kann über die Ursachen des Insektenchwunds nicht spekulieren?

MS: Ja. Der Entomologische Verein Krefeld ist eine der Wissenschaft gewidmete Institution. Wir haben eine Satzung. In Paragraph 2 dieser Satzung steht "wissenschaftliche Forschung". Das bedeutet, daß man sich auch an den Ehrenkodex wissenschaftlicher Forschung hält. Würde ich als Verein argumentieren, und ich mache jetzt, obwohl ich keine Daten habe, eine Hypothese ohne Sachdatengrundlage, würde ich

gegen die Satzung der Institution verstoßen.

Wir sind aber auch ein Verein, der Naturschutzziele vertritt im Sinne von Kartierung von wertvollen Flächen und so weiter. Aber wir sind nicht der NABU. Wir haben eine sehr strenge wissenschaftlich orientierte Ausrichtung in der Satzung, und die Mitglieder und der Vorstand sehen das sehr eng. Wir finden es auch gut, das so eng zu sehen, weil wir denken, daß sehr viel mehr Wissenschaft im Naturschutz stattfinden müßte. Und da bringen uns völlig wilde Spekulationen überhaupt nicht weiter, weil das auch jeglicher Kritik Tür und Tor öffnet.

SB: Darauf hob die Frage nach der Wiedergabe Ihrer Untersuchungen in der Presse ab.

MS: Daß bestimmte Dinge in der Presse stattfinden, ist klar. In der Publikation steht explizit: Der Insektenrückgang ist dringend zu erforschen. Das ist mehr oder weniger der letzte Satz, mit dem der Bericht endet. Man muß sehr viel mehr tun, um die Gesamtdiversität und nicht immer nur die Diversität von ein paar Tagfaltern zu erforschen. Ich halte es für wesentlich, daß sich mehr Entomologen mit den artenreichen Insektengruppen beschäftigen. Das haben wir im Moment nicht und das ist ein ganz großes Defizit. Man braucht Gefährdungsbewertungen für alle heimischen Arten und nicht nur für ein Drittel von ihnen.

Man benötigt auch automatisch arbeitende Fallenmethoden, wo man den menschlichen Einfluß herausnimmt. Ein Teil des "impact factors" der Publikation geht auf den Ausschluß der menschl-

chen Einflüsse auf das Ergebnis zurück. Die Leute schauen sich die Fallen an und realisieren, daß diese eine ganze Vegetationsperiode in den Schutzgebieten gestanden haben. Dadurch erhält man einen Jahresverlauf der Insektenmengen. Wenn es dagegen nur für eine Woche wäre, könnte man sagen: "Mein Gott, in jener Woche damals hat schlechtes Wetter geherrscht." Wir haben jedoch einen ganzen Jahresverlauf. Wenn man den dann für jede Woche von allen Fallen aufarbeitet, erhält man eine Argumentationsgrundlage, an der niemand vorbeikommt.



SB: Wie schätzen Sie den Klimaeinfluß ein, der heute morgen in einem Vortrag als möglicher Verursacher des Insektenchwunds genannt wurde?

MS: Wir haben die Klimadaten von 27 Jahren - die Tagesklimadaten von über 100 Meßstationen - mit dem gesamten Datensatz der Insektenmengen verglichen und nahezu keinen Einfluß gefunden. Wenn mich vorher jemand gefragt hätte, hätte ich wenigstens einen gewissen Einfluß vermutet. Aber da war nichts.

SB: Vielen Dank, Herr Sorg, für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809>

[2] <http://80.153.81.79/~publ/mitt-evk-2013-1.pdf>

[3] <https://www.efsa.europa.eu/de/press/news/180228>

"Blühstreifen sind sehr einheitliche, relativ monotone Gebilde. Wenn man Biodiversitätsschutz bei Insekten im Auge hat, erfüllen sie nicht die kompletten Lebensraumansprüche der einzelnen Arten, die überwiegend verschiedene Teillebensräume in räumlicher Nähe brauchen. Außerdem paßt es nicht zu den Flächen, in denen wir die eigentlichen Biodiversitätsverluste erleiden. Die stark gefährdeten Arten sind nicht in der Agrarlandschaft in Blühstreifen, sondern die sind in speziell streng geschützten Lebensraumtypen der Naturschutzgebiete. Da muß der Fokus liegen, wenn man dort nicht mit dem falschen Etikett arbeiten möchte. (...) Im übrigen geben Untersuchungen zu Blühstreifen wegen der Farben Lockeffekte wieder, nicht aber die Qualität eines Habitats."
(Dr. Martin Sorg, 17. Februar 2018, Pressekonferenz auf der NABU-Tagung zum Insektenrückgang in Münster)

Foto: Conmoto, CC-BY-SA-3.0-DE [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>]

[4] <http://journals.plos.org/plosone/article/comment?id=10.1371/annotation/50f95392-7b52-4d84-b08c-f94c65745bdd>

Bisher im Schattenblick zur NABU-Tagung über den Insektenrückgang unter UMWELT → REPORT → BERICHT und UMWELT → REPORT → INTERVIEW erschienen:

BERICHT/133: Insektenchwund - Politik zu träge ... (1) (SB)
BERICHT/134: Insektenchwund - Politik zu träge ... (2) (SB)

BERICHT/135: Insektenchwund - Politik zu träge ... (3) (SB)
INTERVIEW/268: Insektenchwund - Aufgabenvielfalt unterschätzt ... Prof. Dr. Christoph Scherber im Gespräch (SB)
INTERVIEW/269: Insektenchwund - schon länger in der Peilung ... Marie Thöne im Gespräch (SB)
INTERVIEW/270: Insektenchwund - Interessengegensätze ... Prof. Dr. Werner Kratz im Gespräch (SB)
INTERVIEW/271: Insektenchwund - saubere Wissenschaft und konsequenter Naturschutz ... Dr. Martin Sorg im Gespräch (SB)

REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL



Foto: © by Schattenblick

Wetter-, gegen-, widerwärtig

Neben vielen anderen gewiß wichtigen Themen der jeweils letzten Stunden des Tages oder der zu erwartenden Wochen wird der Mensch von hoch-engagiertem Geschwätz über das Wetter in Verbindung mit seinen Be- und Empfindlichkeiten zu entsprechend beiläufigem Wortwechsel oder gar zur Dauerkonversation veranlaßt. So sehr sich auch ein jeder gerade darüber beschwert, bietet sich doch kaum leichter die Chance und die Gelegenheit, als eben über den Wetterschwatz doch zu ausgiebigeren Informationen und zum Worttausch zu gelangen.

Das gezählte, gemessene und analysierte Datenmaterial seriöser Meteorologie und Wetterwissenschaft bietet sicher nachhaltig überprüfbare Anhaltspunkte zu Spitzen und Senken rekordnaher oder durchschnittlicher Wetterereignisse und wird der Komplexität und Deutungsproblematik aller damit verbundener Phänomene durch Reduktion und Konzentration wesentlich gerechter, als es das verlegentliche Geschwätz zum Thema auch nur vermuten ließe.

Gefühlte Kälte, Hitze, Trockenheit oder Nässe räumen da per se von Anbeginn eine lediglich in-

differente und kaum allgemeingültige Treffsicherheit der Wetterempfindsamkeit ein, stellen jedoch im selben Atemzug auf das mithin umfangreichste und in seinen physiologischen und chemischen Dispositionen komplexeste Meßkonglomerat ab, das die Natur zu bieten hat, denn welche Quecksilber- oder welche Alkoholsäule wäre gleichzeitig zu derart vielen unterschiedlichen Meßleistungen und Zuordnungen in diesem Umfang mehr in der Lage als die Biologie eines Lebewesens?

Konnten und mußten sich nicht schon die Lebewesen und Tiere unserer Vorgeschichte, gestützt auf ihren Wetterinstinkt und ihr diesbezügliches Bewußtsein, mit der Konsequenz mehr oder weniger erfolgreicher Fluchten vor den gewaltigen Naturkatastrophen und Wettereinbrüchen schützen?

So sollte doch jener mißachteten Wetterfähigkeit des ach so geschwätzigen Menschen zu Gunsten unserer Nachdenklichkeit gegebenenfalls mehr abzugewinnen sein als bloßer Zeitvertreib und Konversation.

Schattenblick-Redaktion

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Hartze - Arschbombe ...



Graphik: © 2018 by Schattenblick

MUSIK / VERANSTALTUNGEN / FOLKLORE

Kulturcafé Komm du - April 2018

**Stewart Hardy & Frank McLaughlin:
Folk aus Schottland und Northumberland mit Fiddle, Gitarre und Smallpipes**

Konzert am Montag, 9. April 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr im Kulturcafé Komm du

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/folk1335.html>



Das **Komm du** lädt ein zu einem Konzert
am Montag, den 09.04.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:



Stewart Hardy & Frank McLaughlin
„The Gift“ – Traditionelle Musik aus
Schottland und Northumberland mit
Geige, Gitarre und Smallpipes sowie
eigene Kompositionen

Die virtuose Beherrschung ihrer Instrumente, stilistische Vielfalt und nicht zuletzt die Freude am gemeinsamen Spiel läßt ihre Auftritte zu einem besonderen Erlebnis werden. Seit sie sich auf einem schottischen Musikfestival in Nordbayern kennenlernten, arbeiten Stewart Hardy (Geige) und Frank McLaughlin (Gitarre/Smallpipes) zusammen. Zunächst unterstützten sie sich bei verschiedenen Projekten, später formierten sie sich auch als Duo. Der traditionelle Teil ihres Programms beinhaltet Stücke von James Hill (1811-1854) sowie Airs, Jigs und Reels aus Schottland. In ihren eigenen Kompositionen lassen sie Elemente aus Klassik, Klezmer, Blues und Jazz einfließen. Auf ihrer Tournee durch Deutschland und die Niederlande stellen Hardy und McLaughlin ihre neue CD „The Gift“ vor, die am 4. April erscheint.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg:
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Begegnung und Diskussion, Livemusik,
Kleinkunst- und Tanzperformances,
Ausstellungen, Lesungen, Vorträge,
Veranstaltungen für Kinder, Literatur-
und Zeitungsangebot, kostenloses
WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten,
selbstgemachter Kuchen, täglich
wechselnder Mittagstisch

Stewart Hardy &
Frank McLaughlin



Musik aus Schottland und Northumberland

Montag, 9.4.2018, 20.00 Uhr
Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

**Stewart Hardy & Frank
McLaughlin**
*„The Gift“ - Traditionelle Musik
aus Schottland und Northumber-
land mit Geige, Gitarre und Small-
pipes sowie eigene Kompositionen*

Die virtuose Beherrschung ihrer Instrumente, stilistische Vielfalt und nicht zuletzt die Freude am

gemeinsamen Spiel läßt ihre Auftritte zu einem besonderen Erlebnis werden. Seit sie sich auf einem schottischen Musikfestival in Nordbayern kennenlernten, arbeiten Stewart Hardy (Geige) und Frank McLaughlin (Gitarre/Smallpipes) zusammen. Zunächst unterstützten sie sich bei verschiedenen Projekten, später

formierten sie sich auch als Duo. Der traditionelle Teil ihres Programms beinhaltet Stücke von James Hill (1811-1854) sowie Airs, Jigs und Reels aus Schottland. In ihren eigenen Kompositionen lassen sie Elemente aus Klassik, Klezmer, Blues und Jazz einfließen. Auf ihrer Tournee durch Deutschland und die Niederlande

stellen Hardy und McLaughlin ihre neue CD "The Gift" vor, die am 4. April erscheint.

Zum Reinhören & Anschauen:

Stewart Hardy & Frank McLaughlin: "Joy Together"
https://www.youtube.com/watch?v=s_laDwlO6IM

Stewart Hardy & Frank McLaughlin: "The Pilgrim's Way"
<https://www.youtube.com/watch?v=obGylsAV938>

McLaughlin haben eine besondere musikalische Verbindung. Sie verzaubern die Zuhörer mit ihrer Musik, die ihre Wurzeln in Schottland, den Borders und Northumberland hat und lassen Teile der Klassik, Blues, Klezmer und Jazz gefühlvoll mit einfließen.

Stewart und Frank haben sich auf einem schottischen Musikfestival in Nordbayern kennengelernt. Es war von Anfang an erkennbar, dass sie viele musikalische Werte und Interessen teilen. Anfänglich trugen sie zu gegenseitigen Projekten bei, aber der Spaß an der gemeinsamen Musik

Frank Musik von ungeheurer Vielfalt. Als Duo tragen sie traditionelle und zeitgenössische Melodien vor, die aufs Wesentliche mit Geige, Gitarre und Smallpipes reduziert sind. Durch ihre langjährige Zusammenarbeit haben sie ein tiefes, gegenseitiges Gespür für ihre musikalischen Interpretationen. Die einzigartigen und vielseitigen Ansätze, die Stewart und Frank in ihre Musik einbringen, und die Fähigkeit, auf verschiedene Stilrichtungen zuzugreifen zu können, sorgen für eine anregende und unterhaltsame Vorstellung.



Die Musik von Stewart Hardy (Fiddle) und Frank McLaughlin (Gitarre, Scottish Small pipes) ist stark von der musikalischen Tradition Schottlands und Northumberlands beeinflusst und beinhaltet Elemente von Klassik, Klezmer, Blues und Jazz.

Foto: © by Andy Craig

Stewart Hardy und Frank McLaughlin - Geige, Gitarre und schottische Smallpipes

Geigenvirtuose Stewart Hardy und der schottische Gitarrist/Piper Frank

fürhte bald zu einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit.

"Stewart und Frank gaben ein atemberaubendes Schauspiel von musikalischem Talent preis. Komposition, Wissenswertes und eine wunderbare Beherrschung ihrer Instrumente. Die Verbindung zwischen den Beiden zu sehen faszinierte, besonders Franks unglaubliches Talent als Begleitmusiker hautnah zu erleben, war eine wahre Freude."

Gemeinsam komponieren, produzieren und performen Stewart und

Diskografie:

Stewart Hardy & Frank McLaughlin: The Gift (erscheint im April 2018)
Stewart Hardy & Frank McLaughlin: Compass (2009)
Stewart Hardy & Frank McLaughlin: Root 2 (2009)
Stewart Hardy & Frank McLaughlin: Tod's Assembly (2001)
Stewart Hardy & Frank McLaughlin: Out of the Wood

Weitere Informationen:

Stewart Hardy & Frank McLaughlin - Homepage

<http://www.stewarthardy.co.uk/performance/stewart-hardy-and-frank-mclaughlin/>

Stewart Hardy & Frank McLaughlin bei Facebook

<https://www.facebook.com/StewartHardy.FrankMcLaughlin>

Instrumental tracks from Stewart Hardy & Frank McLaughlin

<https://soundcloud.com/hardymclaughlin>

Stewart Hardy & Frank McLaughlin bei Soundcloud

<https://soundcloud.com/hardymclaughlin>

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:

von Montag bis Freitag

7:30 bis 17:00 Uhr,

Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr und an Eventabenden open end.

Näheres unter:

<http://www.komm-du.de>

<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Straße 13

21073 Hamburg

E-Mail: kommdu@gmx.de

Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:

Telefon: 04837/90 26 98

E-Mail:

redaktion@schattenblick.de

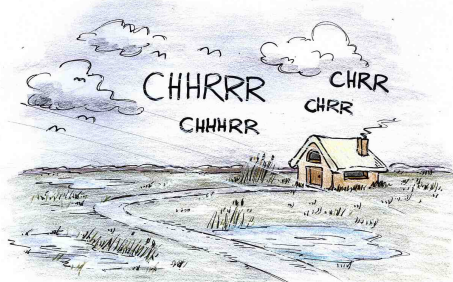
Inhalt Ausgabe 2482 / Samstag, den 3. März 2018

- 1 Politische Gefangenschaft - Speerspitze Repression ...
- 7 Politische Gefangenschaft - Schweigegruft und dicke Luft ...
- 12 Kindeszwangsheirat in der Türkei - ... (Pressenza)
- 14 Kabul - Ruf des Gelds ...
- 15 Schach-Sphinx - Bestehle nie einen Weltmeister!
- 16 Insektenschwund - saubere Wissenschaft und konsequenter Naturschutz ... Dr. Martin Sorg im Gespräch
- 20 Editorial - Wetter-, gegen-, widerwärtig
- 21 Comic Strip: Hartze - Arschbombe ...
- 22 Hamburg - Kulturcafé Komm du, Folk aus Schottland ... 9.4.18
- 24 Wetter - und morgen, den 3. März 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 3. März 2018

+++ Vorhersage für den 03.03.2018 bis zum 04.03.2018 +++



© 2017 by Schattenblick

Die Grade, sie steigen,
und kalt bleibt es doch;
es lockt nichts, das zeigen
Jeans Schnarcher wohl noch.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.